



Hauptabteilung INT

Team Asien



Konrad
Adenauer
Stiftung

50 Jahre Kompetenz weltweit

Politischer Bericht / Kurzbericht

Thema:

Ein blaues Auge für die Regierungskoalition in Sarawak: Opposition erzielt Achtungserfolg bei den Landtagswahlen
- Deutet sich ein Wechsel in der Wählergunst in Malaysia an? -

Autor:

Peter Schier

Ort/Datum:

Kuala Lumpur, 12. Juni 2006

Länder- / Regionalprogramm:

Malaysia

Sonderbericht

Ein blaues Auge für die Regierungskoalition in Sarawak: Opposition erzielt Achtungserfolg bei den Landtagswahlen - Deutet sich ein Wechsel in der Wählergunst in Malaysia an? -

von

Peter Schier

Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Malaysia
Kuala Lumpur, 12. Juni 2006

62% der Stimmen und damit 62 von insgesamt 71 Parlamentssitzen (87%) von der Regierungskoalition gewonnen: Eine klare Zweidrittel-Mehrheit im Abgeordnetenhaus – in westlichen Demokratien wären die Koalitionäre vor Freude aus dem Häuschen in Anbetracht einer derart überwältigenden Zustimmung der Wähler. Nicht so in Sarawak, einem der beiden malaysischen Bundesstaaten auf der mit Indonesien geteilten Insel Borneo, offiziell „Ostmalaysia“ genannt. Dort fielen der Chief Minister (Ministerpräsident) und seine Koalitionäre von der Nationalen Front (Barisan Nasional) buchstäblich aus allen Wolken, als sie die Endergebnisse der Wahlen zum Landesparlament von Sarawak am 20. Mai sahen: Die Oppositionsparteien hatten 38% der Wählerstimmen und 9 Sitze im Landtag (13%) erringen können – ein Rekordergebnis seitdem in Sarawak ein Landesparlament gewählt wird (1970). Die regierende 4-Parteienkoalition der Nationalen Front fuhr dagegen ihr historisch schlechtestes Ergebnis ein. Nur das in Malaysia nach wie vor gültige britische Mehrheitswahlrecht rettete dem seit 25 Jahren autokratisch herrschenden Chief Minister Taib Mahmud (70) die Zweidrittel-Mehrheit im Parlament, mit deren Hilfe er auch in den kommenden 5 Jahren schalten und walten kann, wie er es gern möchte.

Freilich wären Taib und seine Koalitionäre gut beraten, wenn sie ihre Politik mehr nach den Interessen der Wähler ausrichteten und vor allem die Korruption, den Nepotismus und die Benachteiligung der primär chinesischstämmigen städtischen Mittelschichten und der Ureinwohner einschränkten, denn der Trend in der Wählergunst verläuft seit 2001 eindeutig zugunsten der Opposition: So erhöhte sich der Anteil der Wählerstimmen für Oppositionskandidaten von 29% auf 38%, und die Zahl der oppositionellen Abgeordneten im Landesparlament stieg von 2 (von 62, d.h. 3%) auf 9 (von 71, d.h. 13%). Bereits bei den Wahlen zum Bundesparlament hatte sich eine wachsende Popularität der Opposition unter den Wählern angedeutet, doch mit diesem Ergebnis hatten selbst optimistische Regierungsgegner nicht gerechnet. Die von der gesellschaftlichen Realität zunehmend entfremdeten Führer der Nationalen Front hatten hingegen einen totalen Sieg einkalkuliert und zu diesem Zweck massive materielle Versprechungen an ihre Wähler gemacht bzw. massive Drohungen an die Wähler der Opposition ausgesprochen. Wenige Wochen vor den Wahlen hatte der an seinem Amt klebende Chief Minister Taib Mahmud sogar eine regelmäßige Bezahlung der Dorfvorsteher angekündigt, um deren politische Loyalität zu sichern.

Der eigentliche Wahlsieger auf Seiten der Opposition war die primär von chinesischstämmigen Wählern unterstützte Democratic Action Party (DAP), die in 12 der 71 Wahlkreise angetreten war und ihren Wählerstimmenanteil von 8% auf 15% steigern konnte und nun 6 Abgeordnete (8%) in den Landtag entsendet. Niemals zuvor hatte die DAP in Sarawak so viele Wählerstimmen und Mandate erringen können! Die DAP gewann allein drei Wahlkreise im Zentrum der Landeshauptstadt Kuching. Rechnet man den einzigen von der Gerechtigkeitspartei KEADILAN gewonnenen Sitz in Kuching hinzu, dann ist die Landeshauptstadt mit Ausnahme eines Wahlkreises fest in Händen der Opposition. Bereits bei den Bundesparlamentswahlen 2004 war der große Bundeswahlkreis Kuching an die DAP gefallen.

Die von der DAP gewonnenen Wahlkreise liegen in städtischen und stadtnahen Gebieten mit einem relativ hohen Anteil von Angehörigen der gebildeten Mittelschichten und chinesischstämmiger Bevölkerungsmehrheit. In zwei Wahlkreisen, in der die chinesischstämmigen Wahlberechtigten nur etwas mehr als 50% ausmachen, hätten die DAP-Kandidaten ohne erhebliche Unterstützung der einheimischen Iban-Wähler allerdings nicht gewinnen können. Hierbei handelt es sich um ein neues Phänomen, das darauf hinweist, daß es der DAP gelungen ist, auch unter sozial benachteiligten nicht-chinesischstämmigen Wählern Unterstützung zu finden. Sollte dies auch für das malaysische Festland zutreffen, könnte es bei den nächsten Bundesparlamentswahlen 2008 deutliche Zugewinne für die DAP aus den Reihen der indischstämmigen Wähler geben.

Wahlverlierer auf seiten der siegreichen Regierungskoalition war die Sarawak United People's Party (SUPP), die in 19 Wahlkreisen angetreten war und in 8 von Kandidaten der Oppositionsparteien geschlagen wurde. Bei der SUPP handelte es sich um eine Partei, die primär von chinesischstämmigen Wählern gewählt wird. Ihr Vorsitzender, der stellvertretende Chief Minister von Sarawak George Chan Hong Nam, ist durch die Heirat einer seiner Töchter mit einem der Söhne des muslimischen Chief Ministers mit letzterem auch familiär verbunden – eine Konstellation, die es ihm in den Augen vieler chinesischstämmiger Wähler unmöglich machen, die Interessen der chinesischen Mittelschichten nachhaltig zu vertreten. Die Benachteiligung der chinesischstämmigen Bevölkerung, die drastisch gestiegenen Benzinpreise, die ungelöste Grund- und Bodenfrage für viele chinesische Mittelständler sowie Korruption und Nepotismus innerhalb der Regierungskoalition waren die entscheidenden Gründe für die dramatischen Verluste der SUPP.

Dagegen konnte die „Partei des Erbes der geinten Einheimischen“ (PBB: Parti Persaka Bumiputera Bersatu) von Chief Minister Taib Mahmud alle 35 Wahlkreise gewinnen, in denen sie angetreten war. Bei genauerer Betrachtung der Wahlergebnisse muß man allerdings feststellen, daß die Mehrheiten, mit denen PBB-Kandidaten ihre Wahlkreise gewannen, in der Mehrzahl der Wahlkreise kleiner waren als bei den letzten Landtagswahlen 2001. So reduzierte sich die Mehrheit, mit der Chief Minister Taib Mahmud seinen Wahlkreis gewann, um 22,5% - ein einmaliger Vorgang in dessen 25jähriger Amtszeit. Berücksichtigt werden muß auch, daß sich die Stimmverluste im wesentlichen auf Wahlkreise in und in der Nähe von Städten beschränkte, so daß es sich bei den Verlusten der PBB im wesentlichen um einen Wechsel im Verhalten der städtischen Wähler handelt. In den ländlichen Gebieten hingegen, wo nach wie vor Armut und ein sehr niedriges Bildungsniveau stark verbreitet

sind, konnte die PBB mit einem Gemisch aus materiellen Anreizen und Drohungen wie gewohnt auftrumpfen. Dies ist schon sehr erstaunlich, wenn man die massive Plünderung und Enteignung von Land der indigenen Bevölkerungsgruppen in Betracht zieht.

Besonders interessant für eine Prognose hinsichtlich der nächsten Wahlen zum Bundesparlament in 2008 ist das Ergebnis einer Analyse der Wählerwanderung nach ethnischen Gruppen: Erstmals in der Geschichte Sarawaks wählte eine Mehrheit der chinesischstämmigen Bevölkerung gegen die Regierungskoalition, die lediglich 49% der chinesischen Stimmen erhielt - im Vergleich zu 66% in 2001. Dieser Stimmeneinbruch muß als dramatisch eingeschätzt werden, denn er zeigt, daß die Mehrheit der Chinesen (die auch offiziell nicht als Einheimische, d.h. Bumiputras, gelten) mit der Arbeit der Koalitionsregierung der Nationalen Front unzufrieden ist. Dies scheint nicht nur für Sarawak zu gelten, sondern auch für das malaysische Festland, wo sich ein politischer Stimmungswchsel vor allem unter den nicht-malaiischen und nichtmuslimischen Wähler andeutet, wie eine Reihe von Indizien vermuten lassen. Deshalb muß die Nationale Front bei den nächsten Wahlen mit einem deutlich schlechteren Wahlergebnis rechnen als in 2004 (64% der Stimmen, 90% der Mandate). Möglicherweise dürfte es sogar schlechter ausfallen als 1999 (57% der Stimmen, 77% der Mandate) nach dem Sturz des unter den Malaien populären stellvertretenden Ministerpräsidenten Anwar Ibrahim, denn es kann nicht damit gerechnet werden, daß die Regierung der Nationalen Front in der Lage ist, die eigentlichen Ursachen für die Unzufriedenheit unter den nichtmalaiischen und nichtmuslimischen Wählern zu beseitigen. Dabei geht es im wesentlichen um die ungerechte Behandlung der Nichtmuslime als Ergebnis der sog. „Neuen Ökonomischen Politik“, um Korruption und Nepotismus, aber auch um die deutlich erhöhten Energiekosten und um eine zunehmende Islamisierung der malaysischen Gesellschaft. Allerdings ist durch den Schnitt der Wahlkreise und aufgrund des Mehrheitswahlrechts die Zweidrittel-Mehrheit der Nationalen Front im Bundesparlament nicht gefährdet.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung führte im Vorfeld der Wahlen mit Hilfe lokaler Partner ein über einjähriges Wähleraufklärungsprogramm in Sarawak durch. Dabei kamen ein Video und zwei Broschüren zum Einsatz, die auf der Erklärung der Interparlamentarischen Union über Kriterien für freie und gleiche Wahlen basieren. Die KAS war die erste und einzige ausländische Organisation, die die Aufklärung der Wähler und der Amtsträger über ihre Rechte und Pflichten im Wahlprozeß unterstützte. Bereits im Vorfeld der Wahlen zum Bundesparlament im März 2004 hatte die KAS auf dem malaysischen Festland ein Wähleraufklärungsprogramm gefördert.

Für den Landesvertreter der KAS in Malaysia kamen die Verluste der Regierungskoalition nicht sehr überraschend: Bei einer Reihe von Workshops mit Frauen und Jugendlichen der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen über deren gemeinsame Werte, Anliegen und Aktionen in Sarawak in den vergangenen drei Jahren waren Korruption und Nepotismus oft als wichtigste gemeinsame Anliegen der Bevölkerung genannt worden, während Integrität, Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit zu den wichtigsten gemeinsamen Werten gezählt wurden. Unerwartet war allerdings, daß sich die entsprechende Wahlentscheidung derart eindeutig auf große Teile der chinesischen und der städtischen Wähler beschränkte.